

Steuergerechtigkeit bleibt auf der Strecke

“Wer hat, dem wird gegeben”. Unter diesem Motto könnte die Steuerpolitik der Großen Koalition stehen. Obwohl Deutschlands Konzerne Rekordgewinne einfahren, will ihnen die Bundesregierung weitere Steuergeschenke machen. Nachdem bereits mit der Steuerreform im Jahr 2000 die Unternehmenssteuern drastisch gesenkt wurden, plant die Regierung für 2008 eine Senkung der Unternehmenssteuern für Kapitalgesellschaften um zehn Prozentpunkte. Milliardenausfälle für die öffentliche Hand wären die Folge. Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden müssten gekappt werden.

Im Januar 2007 kommt für Arbeitnehmer und Verbraucher der Steuerschock. Mehrwert- und Versicherungssteuer werden auf 19 Prozent erhöht, Pendlerpauschale und Bezugsdauer des Kindergeldes verringert und der Sparfreibetrag halbiert. Die Mehrbelastung liegt bei weit über 25 Milliarden Euro.

Unternehmen sparen dagegen durch verbesserte Abschreibungsbedingungen und einem niedrigeren Arbeitslosenbeitrag insgesamt zehn Milliarden Euro. Das nennt man Umverteilung von unten nach oben. Die “Reichensteuer” ist da nur ein Feigenblatt: Sie wurde so zurückgestutzt, dass sie kaum eine Milliarde Euro an Mehreinnahmen bringt.

2008 kommt der nächste Hammer. Die Bundesregierung plant für dieses Jahr eine “große” Reform der Unternehmenssteuer. Kernpunkt ist die Senkung der Unternehmenssteuern um zehn Prozentpunkte für Kapitalgesellschaften. Insgesamt ist laut Kabinettsbeschluss von einer Steuerentlastung der Unternehmen in Höhe von weiteren fünf Milliarden Euro die Rede.

Begründung der Koalition: Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland soll erhöht werden und die Unternehmenssteuer “europatauglich” gemacht werden, damit mehr Ar-

beitsplätze entstehen.

Steueroase für Konzerne

Doch für Großkonzerne ist Deutschland längst eine Steueroase. Einige haben seit Jahren kaum oder gar keine Steuern bezahlt. Sie haben die Möglichkeiten genutzt, international Gewinne und Verluste so zu verschieben, dass sie die jeweils günstigsten steuerlichen Regelungen nutzen konnten.

Sogar die Kosten für Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland konnten sie steuerlich absetzen. Und Veräußerungsgewinne sind generell steuerfrei. Mehr Arbeitsplätze sind durch die Steuersenkungspolitik aber nicht entstanden.

Unter dem Strich zahlen Kapitalgesellschaften in Deutschland nur noch 15 Prozent Steuern. Nach Berechnungen der EU-Kommission liegen sie damit unter dem EU-Durchschnitt. Weitere Netto-Entlastungen sind deshalb für die “Europatauglichkeit” gar nicht notwendig.

Was nötig wäre

Wichtiger wäre vielmehr, die zahlreichen Steuerschlupflöcher zu schließen, damit es wieder mehr Steuergerechtigkeit gibt. Und damit der Staat mehr Einnahmen hat, um in die öffentliche Infrastruktur, in Bildung und Forschung zu investieren.

Denn bei den öffentlichen Investitionen gehört Deutschland zu den

Schlusslichtern in Europa. Bund, Länder und Gemeinden investieren zu wenig, weil sie zu geringe Steuereinnahmen haben. Seit 1998 haben die Steuergeschenke für Unternehmen jährlich ein Loch von zwölf Milliarden Euro in die Staatskasse gerissen. Das ging zu Lasten der Arbeitsplätze und der Zukunftsfähigkeit des Landes.

Der IG Metall-Vorstand hat die Steuerpläne der Bundesregierung in einer Resolution kritisiert. Gefordert wird eine Politik, die Arbeitsplätze und Steuergerechtigkeit in Deutschland und Europa

Forderungen der IG Metall

- Möglichkeiten der steuerlichen Gewinnminderung und -verlagerung müssen eingeschränkt werden.
- Kosten für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland dürfen nicht mehr steuerlich begünstigt werden.
- Die Bundesregierung muss die Initiative für eine europaweite Koordinierung der Unternehmensbesteuerung ergreifen und darf einen europäischen Unternehmensteuerwettbewerb nach unten nicht zulassen.
- Die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer muss verbreitert werden, damit die Gemeinden eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur finanzieren können.